

EU-Beitritt der Schweiz – was engagierte EU-Europäer davon halten

Schweiz – EU

DER KAMPF DER EU FÜR DIE GLOBALISIERUNG
Erik Wesselius, Holland

Die EU formt die europäischen Gesellschaften um. Sie sollen «international konkurrenzfähig» werden. Im selben Zug wird die wirtschaftliche Globalisierung aktiv vorangetrieben – durch bilaterale und globale Handelsabkommen. Die internationale Handels- und Investitionspolitik der EU wird dabei durch die Bedürfnisse der Multis vorangetrieben. In der internationalen Handels- und Investitionspolitik ist das berühmte Demokratiedefizit der EU wohl am ausgeprägtesten. Die EU-Kommission hat das Initiativrecht in diesen Fragen, und sie vertritt die Mitgliedstaaten im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO. Die Vorschläge der EU-Kommission bezüglich Handel und Investitionen werden im mächtigen und abgeschirmten «133er Komitee» entschieden. Es umfasst Beamte der Mitgliedstaaten und Vertreter der Kommission. Das EU-Parlament hat keinen wirklichen Einfluss auf die EU-Handels- und Investitionspolitik. Selbst gemäss der letzten Vertragsrevision von Nizza hat das Parlament nur ein Informationsrecht. Aber auch die Parlamente der Mitgliedstaaten haben im Allgemeinen – oft durch den Mangel an fristgerechter Information bedingt – keine Kontrolle über die Geschehnisse im 133er Komitee oder im EU-Handelsministerrat. Kurzum: Dieser undurchsichtige Entscheidungsprozess bietet den multinationalen Firmen einen idealen Boden für Lobbying. Die EU-Kommission kann sich mit keiner eigentlichen demokratischen Legitimation schmücken. Dafür lädt sie die Lobbys der Multis ein, der EU-

Handels- und Investitionspolitik ihren Stempel aufzudrücken. Die Kommission hat sogar von sich aus Gremien von Wirtschaftsvertretern geschaffen und ermutigt diese, die EU-Vorschläge für eine breite neue WTO-Runde zu unterstützen. Diese Vorschläge zielen auf mehr Freihandel und zusätzliche Investitionsfreiheit. Die EU-Kommission forderte ebenfalls EU-Multis des Dienstleistungssektors dazu auf, ein Europäisches Dienstleistungsforum (European Services Forum, ESF) auf die Beine zu stellen. Das deklarierte Ziel des Forums besteht darin, «die Unterhändler der Europäischen Union bezüglich Schlüsselhindernissen und Länder zu beraten, auf die man sich bei den Verhandlungen konzentrieren sollte». Die GATS-Verhandlungen (General Agreement on Trade in Services), die im Februar 2000 in Genf starteten, betreffen Sektoren wie Tourismus, Energie, Wasser, Nahrungsmittel-Verteilernetze, Kultur, Gesundheitssystem, Erziehung und Sozialdienste.

Die enge und relativ diskrete Zusammenarbeit zwischen der Kommission und der Wirtschaft wird versteckt durch publizistisch ausgeschlachtete, aber wenig konkrete «Dialoge» mit der Zivilgesellschaft.

Die nahe Verbindung von EU-Kommission und Multis – verbunden mit Übungen in «virtueller Demokratie» – sind das unmittelbare Ergebnis der Strukturen und der Institutionen der Europäischen Union. Ihre zentralistischen und technokratischen Tendenzen sind schweizerischen Traditionen der direkten Demokratie diametral entgegengesetzt. Das Schweizer Volk sollte es sich gründlich überlegen, ob es diesem korporatistischen Superstaat beitreten will.

Erik Wesselius ist Mitarbeiter der holländischen Gruppe «Corporate Europe Observer», die sich auf die Beobachtung des Einflusses der Multis auf die Politik der EU spezialisiert hat. Die Gruppe publizierte 2000 das Buch «Europe Inc, Regional and Global Restructuring and the Rise of Corporate Power». Eine deutsche Version des Buches wird im Mai 2001 im Rotpunktverlag, Zürich, erscheinen.

als Hebel für die Durchsetzung weniger strenger Umweltregulierungen.

Die Schweiz hätte eine einmalige Gelegenheit, im Umweltsektor eine führende Rolle zu spielen, da sie nicht durch EU-Regulierungen im Handlungsspielraum begrenzt ist. Im Ständigen Umweltausschuss des EU-Parlaments, dem ich angehöre, wird die Schweiz oft als positives Beispiel angeführt. Diese Rolle könnte die Schweiz im Falle eines EU-Beitritts nicht mehr spielen.

Die Transportpolitik der EU gründet auf dem Prinzip des freien Warenverkehrs und beinhaltet ein substanzielles Wachstum des Lastwagenverkehrs. Als unabhängiger Staat kann die Schweiz die Bedingungen des Transitlastwagenverkehrs mit der EU aushandeln. Ist die Schweiz jedoch EU-Mitglied, so werden diese Fragen in Brüssel entschieden.

Die EU spricht auf internationaler Ebene zunehmend mit einer Stimme, wenn es um Zusammenarbeit in Umweltfragen geht. Ein einzelner Mitgliedstaat kann keine weitergehenden Vorschläge mehr einbringen. Wir brauchen heute jedoch dringend ein industrialisiertes Land, das in der internationalen Umweltzusammenarbeit als treibende Kraft wirkt.

Aus meiner Sicht gibt es keine Argumente für die Schweiz, aus Gründen des Umweltschutzes Mitglied der EU zu werden. Wenn die Schweiz den Mut aufbringt, eine ehrgeizige Umweltpolitik zu verfolgen und fortschrittliche Forderungen auf dem internationalen Parkett einzubringen, kann die Schweiz für die Umwelt mehr ausserhalb als innerhalb der EU bewirken.

Jonas Sjöstedt, EU-Parlamentarier der schwedischen Linkspartei Vänsterpartiet, Koordinator der GUE/NGL-Fraktion des EU-Parlamentes (Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke), Mitglied im Ständigen Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Verbraucherpolitik des EU-Parlamentes

Ein Blick von links unten



Wandlungen des EU-Geschlechterregimes

Susanne Schunter-Kleemann, Bremen

Die fortschreitende Militarisierung der EU hat zu einer paradoxen Neuerung des Geschlechterverhältnisses beigetragen. Die jüngste Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zum Dienst an der Waffe passt sich flexibel den neuen EU-Aufgaben an. Die Richter urteilten, dass Frauen nicht länger vom bewaffneten Wehrdienst ausgeschlossen werden dürfen. In der deutschen Praxis sahen sie einen Verstoss sowohl gegen die Gleichbehandlung der Geschlechter als auch gegen die Freiheit der Berufswahl.

Diesen Grundrechten der deutschen Verfassung will das EuGH-Urteil Nachachtung verschaffen, indem es die Waffengleichheit der Geschlechter nach den gleichen Kriterien beurteilt, die für die Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt gelten. Der europaweit gefeierte «Emanzipationserfolg»

wurde bezeichnenderweise vom deutschen Bundeswehrverband durchgekämpft, der schon seit 20 Jahren gegen das Dienstverbot für Frauen an den Waffen antritt. Dieser trug die Kosten des Verfahrens. Auch das Medienecho auf das EuGH-Urteil ist einhellig. Die Frauen werden als eine dramatisch zurückgehenden Wehrbereitschaft angesehen. Man zeigt sich erfreut, dass die Truppe nun ihren Nachwuchsbedarf aus einem viel grösseren BewerberInnenpotenzial decken kann. Schliesslich wird erhofft, dass der erwartete Zustrom von Frauen zur Bundeswehr auch deren sinkender Attraktivität begegnet. «Denn ein höherer Anteil von Frauen dient der gewollten gesellschaftlichen Verankerung der Bundeswehr viel mehr als das zwangsweise Rekrutieren junger Männer, von denen mittlerweile jeder Zweite den zivilen Ersatzdienst vorzieht.» Mit diesem prekären Urteil werden die krasse Ungleichheiten der Geschlechtergleichstellung durch die EU-Gremien weiter verschärft. Die Weiblichkeit darf in einem weiteren gesellschaftlichen Kernbereich, dem Kriegshandwerk, in die Reserve einrücken. Leitbild des blind gewordenen Egalitätsprinzips, so wie es die EuGH-Richter vertreten, ist einmal mehr die aufstiegswillige Frau, «die ihren Mann steht». Die ausstehenden und drängenden Fragen einer sozialrechtlichen und steuerlichen Gleichstellung, die alleine den Frauen ökonomische Unabhängigkeit garantieren könnten, bleiben weiterhin unerledigt.

Prof. Dr. Susanne Schunter-Kleemann, Hochschule Bremen, Wissenschaftliche Einheit Frauenstudien und Frauenforschung.

Klein, unabhängig, erfolgreich: Eine Provokation für Brüssel

Christian Weilmeier, München

Der Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union hätte nicht nur gravierende Folgen für die direkte Demokratie im Lande selbst, sondern auch für viele direktdemokratische Initiativen in Europa. Die Schweiz war – und ist noch immer – ein grosses Vorbild für direktdemokratische Bewegungen in Europa. Sie inspiriert und motiviert Initiativgruppen, die sich für direkte BürgerInnen-Mitbestimmung einsetzen. Dort scheint alles Wirklichkeit, was man für das eigene Land erst

erreichen will. Dadurch wird es erst möglich, lebendig zu beweisen, dass direkte Demokratie funktioniert und entscheidende Vorteile mit sich bringt.

Diese direktdemokratische Vorbildrolle der Schweiz würde durch einen EU-Beitritt stark eingeschränkt werden. Vieles, über das die Schweizerinnen und Schweizer heute noch selbst entscheiden können, wanderte dann nach Brüssel und könnte nicht mehr der Volksabstimmung unterbreitet werden. Altbundeskanzler Kohl wies darauf hin, 70% der Gesetze der Mitgliedstaaten würden mittlerweile in Brüssel gemacht!

Schon die Existenz der kleinen und komplizierten, trotzdem aber quicklebendigen und wohlhabenden Schweiz ist schlicht eine Provokation für Brüssel. Widerspricht sie doch dem Dogma, dass nur in Grösse und bürgerferner Zentralisierung das Heil liege – durch Entscheidungen im Hinterzimmer durch so genannte Experten.

Christian Weilmeier, Mehr Demokratie in Deutschland, <http://www.mehr-demokratie.de/>



Das **Forum für direkte Demokratie** ist eine überparteiliche Bewegung von Leuten aus dem ökologisch-sozialen Lager, die der offiziellen EU-Politik gegenüber kritisch eingestellt sind. Für Europa streben wir die Dezentralisation und Demokratisierung der bestehenden Territorialstaaten (auch der Schweiz: z. B. AusländerInnenstimmrecht), die Verstärkung der internationalen Kooperation (OSZE, Europarat, UNO, Umweltkonferenzen, Minderheitenschutz, Menschenrechte, Sozialgesetzgebung) und die Pflege des vielfältigen Kontaktes zwischen Regionen, Staaten, Organisationen und Menschen an. Das Forum gibt viermal pro Jahr das **EUROPA-MAGAZIN** heraus, das auch von Nichtmitgliedern abonniert werden kann. Das Europa-Magazin steht auf dem Internet zur Verfügung (samt Volltextsuche): www.europa-magazin.ch.

Diese Seite kostet uns sehr viel Geld. Die Meinungsvielfalt in der EU-Frage ist heute leider so begrenzt, dass für die Veröffentlichung demokratischer, sozialer und ökologischer Positionen offensichtlich bezahlt werden muss. Wir hoffen auf Ihre Spende: PC: 30-17465-5. Leider mussten wir die Beiträge der eingeladenen Gäste kürzen oder gar ganz weglassen, damit wenigstens ein Teil davon auf diese Seite passte. Die ungetrimmten Beiträge samt einem detaillierten Argumentenkatalog unserer Gründe gegen die Initiative «Ja zu Europa» finden Sie auf unserer Homepage oder in der nächsten Nummer des Europa-Magazins: Dieses können Sie mit folgendem Talon zur Ansicht bestellen:

Ich wünsche eine Probenummer des Europa-Magazins:

Name: Vorname:

Strasse: PLZ und Ort:

Forum für direkte Demokratie – EU-kritisch, ökologisch, sozial, Postfach, 8048 Zürich;

e-mail: forum@europa-magazin.ch; Tel: 031 731 29 14; Fax: 031 731 29 13;